

**SOLARANLAGEN BELASTEN, AKW ENTLASTEN:
Liebe SPD, versteht ihr das unter „Steuergerechtigkeit“?!**

KEINE STEUERBEFREIUNG FÜR ATOMKRAFTWERKE!



Auch Atomkraftwerke müssen für ihren Brennstoff Steuern zahlen: die Brennelemente-Steuer. CDU und CSU wollen diese Steuer Ende 2016 streichen. Damit würden sie den AKW-Betreibern mehr als 5 Milliarden Euro schenken – und die alten, gefährlichen Atommeiler wieder zu richtigen Goldesel machen. Die SPD muss das verhindern!

Der Wegfall der Brennelemente-Steuer würde ...

... den Betrieb gefährlicher Atomkraftwerke finanziell belohnen.

(Der Steuererlass beträgt rund 500.000 Euro pro Reaktor – und zwar jeden Tag.)

... Atomenergie gegenüber anderen Stromerzeugungsarten erneut einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

(Selbst die CDU bezeichnete die Brennelemente-Steuer einst als „Subventionsabbau“, der helfen sollte, „die direkte Bevorzugung der Kernenergiewirtschaft“ zu beenden.)

... die Energiewende behindern.

(Für die Energiewende nützliche Gaskraftwerke gehen reihenweise vom Netz, während unflexible Atomkraftwerke für enorme Überkapazitäten am Strommarkt sorgen und die Netze verstopfen.)

... den Staat um Milliarden bringen, die dieser für dringende und sinnvolle Ausgaben einsetzen könnte.

(Die SPD hat bessere Ideen, als Atomkraftwerke mit 5 Milliarden Euro zu subventionieren.)

... den AKW-Betreibern Milliarden in die Taschen spülen, während gleichzeitig die SteuerzahlerInnen einen großen Teil der Kosten der Atommülllagerung tragen sollen.

(Die Rückstellungen der AKW-Betreiber für die Atommülllagerung reichen bei realistischen Zinssätzen bei Weitem nicht aus, um die zu erwartenden Kosten zu decken – zumal Suche und Bau eines Atommülllagers länger dauern werden als bisher angenommen. Den geplanten minimalen „Risikozuschlag“, den die AKW-Betreiber in den Atommüll-Fonds einzahlen sollen, würden sie bei einem Erlass der Brennelemente-Steuer nahezu vollständig wieder einsparen.)

... zu längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke führen.

(In Schweden führt eine Steuerbefreiung für AKW dazu, dass Reaktoren, die sonst vom Netz gegangen wären, nun weiter laufen werden – obwohl die schwedische Bevölkerung bereits 1980 einen Atomausstieg beschlossen hat. Auch in Deutschland würde eine Steuerbefreiung den AKW-Betreibern Anreize bieten, eine erneute Laufzeitverlängerung zu versuchen.)

Brennelemente-Steuer streichen? DAS MUSS DIE SPD VERHINDERN!

Die SPD tritt seit Jahren für eine unbefristete Brennelemente-Steuer und einen deutlich höheren Steuersatz ein:

- SPD-Bundesumweltminister Sigmar Gabriel schlägt 2008 unter Verweis auf die immensen Kosten der Atommüll-Lagerung und der Sanierung der Atommüllkippen Asse II und Morsleben eine Brennelementesteuer vor.¹ Der Vorschlag findet Eingang ins SPD-Wahlprogramm 2009.²
- Die SPD-Bundestagsfraktion beantragt 2010 eine unbefristete Brennelemente-Steuer von 340 Euro pro Gramm Uran und Plutonium – der von Schwarz-Gelb beschlossene Steuersatz liegt bei nur 145 Euro pro Gramm.³
- In ihrem „Regierungsprogramm 2013–2017“ verspricht die SPD: „Die Sanierung von untauglichen Atom-Endlagern wie Asse II soll durch eine höhere Kernbrennstoffsteuer mitfinanziert werden.“⁴ Dies ist eine der wenigen Forderungen aus den SPD-Bürgerkonventen, die es ins Wahlprogramm geschafft haben.
- In den Koalitionsverhandlungen mit der Union 2013 fordert die SPD, die Brennelemente-Steuer zu erhöhen und zu entfristen.⁵ Der Koalitionsvertrag enthält keine Festlegung zu dem Thema.
- Das positive Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Brennelemente-Steuer 2015 wertet SPD-Bundesumweltministerin Barbara Hendricks als „gutes Argument für eine mögliche Verlängerung der Atomsteuer bis zum Betriebsende des letzten deutschen Atomkraftwerks“.⁶
- Im Mai 2016 kündigt die SPD an, für mehr „Steuergerechtigkeit“ zu kämpfen und dafür notfalls auch in Konflikt mit den Koalitionspartnern CDU und CSU zu gehen.

Jetzt müssen Taten folgen. Die SPD muss die geplante Steuerbefreiung für Atomkraftwerke kippen und dafür sorgen, dass die Brennelemente-Steuer über 2016 hinaus erhoben wird!



Steuerschulpfloch schließen!

Weil sie auf ein Auslaufen der Brennelemente-Steuer spekulieren, fahren Eon, RWE und EnBW ihre Reaktoren bis Ende 2015 im Streckbetrieb. Frischen Brennstoff wollen sie erst Anfang Januar nachladen, wenn nach derzeitiger Gesetzeslage keine Steuer mehr anfällt. Sie drücken sich damit um Zahlungen im dreistelligen Millionenbereich – es sei denn, die SPD schließt dieses Steuerschlupfloch noch.

¹ Frankfurter Rundschau, 11.10.2008

² „Sozial und Demokratisch. Anpacken. Für Deutschland. Das Regierungsprogramm der SPD“, 2009, S. 26

³ BT-Ds. 17/2410, Plenarprotokoll 17/55, Plenarprotokoll 17/68

⁴ „Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013–2017“, S. 41

⁵ Die Zeit, 13.11.2013

⁶ AFP, 4.6.2015